

## Bestehende Angebote genügen

**Talentschulen** Ausser der SVP-Fraktion sowie je einem Vertreter der Grünen und der CVP konnte sich niemand im Rat für den Vorstoss von Thomas Eberhard (SVP, Bettlach) erwärmen. Mit 64 zu 17 Stimmen sagte das Parlament Nein zu seinem Auftrag «Rahmenbedingungen für Talentschulen». Unbestritten war dabei in allen Fraktionen, dass Eberhard mit seinem Auftrag ein berechtigtes Anliegen aufgreift. Die heutigen Fördergefässe bieten aber, so der allgemeine Tenor, genügend Möglichkeiten, um Talente unterschiedlicher Art gerecht zu werden. Stefan Müller, Sprecher der Bildungs- und Kulturkommission sowie der Fraktion CVP/EVP/GLP, kam etwa auf die zahlreichen individuellen Lösungen zu sprechen, die getroffen werden, um die Vereinbarkeit von Schule und Trainingsplan zu gewährleisten. Karin Büttler (FDP, Laupersdorf) betonte, dass im Rahmen des Schulversuchs spezielle Förderung Zeitfenster geschaffen werden, um Talente zu fördern. Und: Während auf gymnasialer Ebene «Sonderklassen für Sport und Kultur» geführt werden, können Talente an den Volksschulen zwecks Training von einzelnen Unterrichtslektionen dispensiert werden. Für Thomas Eberhard, Autor des Auftrags und Sprecher der SVP-Fraktion, genügt aber gerade die heutige Dispositionsregelung nicht. «Für Talente, die bis zu 25 Stunden pro Woche trainieren, gibt es zu wenig Fördermöglichkeiten», ist er überzeugt. (ESF)

## Prüfung nötiger Ressourcen

**Spezielle Förderung** Die Lektionen für den Pool an Förderlektionen vergrössern und die Schulklassen verkleinern – das will ein Volksauftrag, der noch vor der Lancierung des neuen Schulversuchs «Spezielle Förderung», zustande gekommen ist. Mit Ausnahme der SVP – die sich der integrativen Schule grundsätzlich verweigert – und zwei FDP-Vertretern stimmte der Kantonsrat dem Auftrag im abgeänderten Wortlaut der Regierung zu. Damit ist diese beauftragt, die Ressourcenfrage im Verlauf des Schulversuchs zu klären. (ESF)

# Altersgrenze auf 18 erhöht

**Prostituierte** Kantonsrat sagt Ja zu umfassenden Schutzbestimmungen

VON ELISABETH SEIFERT

Der grünliberale Kantonsrat Markus Flury (Hägendorf) hat mit seinem Auftrag «Erhöhung der Altersgrenze für die Ausübung der Prostitution im Kanton Solothurn auf 18 Jahre» ganz offenbar ins Schwarze getroffen. Nach der Regierung segnete gestern auch der Kantonsrat – und zwar einstimmig – das Anliegen ab. Damit ist die Regierung beauftragt, innert sechs Monaten die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen vorzubereiten. Aber nicht nur das: In einer längerfristigen Perspektive wird der Regierungsrat im Rahmen des neuen Volkswirtschaftsgesetzes umfassende Schutzbestimmungen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter erlassen. Dies hatte die Regierung in ihrer Stellungnahme zum Auftrag von Markus Flury von sich aus vorgeschlagen. Ein Vorschlag, dem das kantonale Parlament gestern ebenfalls bereitwillig gefolgt ist.

### Kantonale Vorreiterrolle

Als «schrecklich und menschlich skandalös», nannte es Grünen-Sprecherin Barbara Wyss (Solothurn), dass es noch immer keine schweizerische Lösung gibt. Im Unterschied zum übrigen Europa, wo für Prostituierte das Mindestalter von 18 Jahren gilt, sind hierzulande bereits Sexarbeiterinnen ab 16 Jahren, dem Zeitpunkt der sexuellen Mündigkeit, zugelassen. Der Handlungsbedarf auf Bundesebene ist zwar erkannt, die politischen Mühlen in Bundesbern mahlen aber langsam. Verschiedene Kantone haben deshalb bereits – oder sind – daran eigene Bestimmungen zu erlassen. Eine ähnlich umfassende gesetzliche Regelung, wie sie jetzt der Kanton Solothurn plant, ist derzeit im Nachbarkanton Bern in der Vernehmlassung. Neben der Altersbegrenzung sollen auch gewerbliche Bestimmungen erlassen werden, etwa Vorschriften über Arbeitsbedingungen. Hinzu kommen gesundheitspolitische Regelungen wie die Aidsprophylaxe.

Hansjörg Staub (SP, Dornach) machte namens seiner Fraktion keinen Hehl daraus, dass eine schweizerische Lösung vorzuziehen wäre. «Wir unterstützen aber klar die kantonale Vorreiterrolle.» Die SP erhoffte



Für Prostituierte soll künftig die gesetzliche Volljährigkeit (18 Jahre) gelten – und nicht mehr die sexuelle Mündigkeit (16 Jahre).

### «Wir erhoffen uns eine weitere Enttabuisierung des Sexgewerbes.»

Hansjörg Staub, SP Dornach

sich von einer solchen Regelung insbesondere auch eine weitere Enttabuisierung des Sexgewerbes. Für FDP-Sprecher Beat Wildi (Wangen b. Olten) ist klar, dass der Kanton Solothurn gerade mit Blick auf die Altersgrenze für Prostituierte keine Insel werden darf, zumal verschiedene Nachbarkantone derzeit die Altersgrenze anheben.

Thomas Müller (CVP, Lostorf) unterstrich als Vertreter der Fraktion

CVP/EVP/GLP, dass die Probleme allein mit einem Gesetz zur Alterslimite nicht gelöst werden. «Auch im Sexgewerbe gilt das Gesetz von Angebot und Nachfrage». Umso wichtiger sei es deshalb, auch Fragen der Gesundheit und der Sicherheit von Prostituierten zu regeln. Der Sprecher der SVP, Christian Werner (Olten), betonte schliesslich, dass selbst gesetzliche Bestimmungen zur Regelung des Sexgewerbes möglichst unbürokratisch sein müssen.

ausserdem zum Thema

Reaktionen der Stadt Olten auf den Entscheid unter [www.solothurnerzeitung.ch](http://www.solothurnerzeitung.ch)

## Voten für mehr Heimatschutz

**Submissionenrecht** Gleich zwei Interpellationen verlangen von der Regierung, nach Möglichkeit Unternehmen aus dem Kanton bei öffentlichen Aufträgen stärker zu berücksichtigen. Tenor der Fraktionen: Nationales und internationales Recht schränkt den Spielraum ein, den vorhandenen Spielraum gelte es jedoch immer zu nutzen. Während die Ratslinke und die CVP/EVP/GLP-Fraktion die Antworten der Regierung als ausführlich würdigten, bezeichneten diese die FDP und SVP als mut- und fantasielos: Marianne Meister (Messen) als Fraktionssprecherin der FDP meinte etwa: «Ich habe den Eindruck, dass vor lauter Angst vor irgendeinem übergeordneten Recht der gesunde Menschenverstand ausgeschaltet wird.» Die Regierung reagierte doch etwas empfindlich auf die Vorstösse. Diese seien aber den Amtsstellen als Anregung und nicht als Kritik weiterzuleiten. Positiv bewertet wird, dass die Vergabestatistik des Bau- und Justizdepartementes auf alle Departemente ausgedehnt werden soll. Bau- und Justizdirektor Walter Straumann begrüsste die Diskussion im Rat, auch wenn es – bezugnehmend auf Meisters Votum – «meisterlich gekracht hat». Kantonale Firmen kämen aber nicht zu kurz. (MZ)

# Keine Verletzung von Volksrechten

**Borregaard** Für den Landkauf des Kantons war und ist keine Volksabstimmung nötig. Diese Haltung der Regierung teilt auch der Kantonsrat.

VON MARCO ZWAHLEN

«Ich begrüsse den Kauf ausdrücklich», hielt Interpellant Markus Schneider (SP, Solothurn) fest. Aber: «Der Zweck heiligt nicht alle Mittel.» Die Antworten der Regierung auf seine Interpellation zum Borregaard-Landkauf seien falsch (wir berichteten). Im Dezember hat der Regierungsrat für 18,9 Mio. Franken das 23,6 Hektaren grosse Industriegrundstück in Luterbach gekauft. Der Deal wurde als Anlage über Finanzvermögen, über das der Regierungsrat bestimmen kann, abgewickelt. Eine Anlage dient der Erfüllung öffentlicher Aufgaben nur mittelbar und ist ein gleichwertiger und realisierbarer (wiederverkaufbarer) Vermögenswert. Schneider ist jedoch der Meinung, dass der Kauf als Ausgabe via Verwaltungsvermögen hätte finanziert werden müssen. Sprich: Eine Volksabstimmung wäre notwendig gewesen. Dem hält die Regierung entgegen: Eine Ausgabe binde einen Vermögenswert dauernd an einen öffentlichen Zweck und schafft keinen ver-



Christian Wanner lehnt mehrjährige Kredite für Landkäufe ab.

wertbaren Gegenwert. Schneider beauftragt sich jedoch primär auf das Wirtschaftsförderungsgesetz, wonach der vorsorgliche Erwerb von Grundeigentum via Globalbudgets des Amtes für Wirtschaft zu finanzieren sei, also dem Finanzreferendum unterstehe.

### Eine Anlage und keine Ausgabe

Die FDP deckte ihren Finanzdirektor Christian Wanner voll: «Der Kauf ist keine Ausgabe, somit braucht es keine Volksabstimmung – erst recht keine nachträgliche», so Beat Käch (Solothurn). Dem schloss sich Roland Fürst (CVP, Gunzgen) als Sprecher der CVP/EVP/GLP-Fraktion gänzlich an. Namens der SVP meinte Heinz Müller (Grenchen), dass Schneider einer sei,

der genau hinschaue, bei der Regierung erst recht. «Von daher hat er als Sozialdemokrat bei der SVP durchaus Sympathien.» Wenn die Regierung aber schon einmal unternehmerisch handle, sollte man sie nicht mit Formalitäten behindern. Markus Flury (GLP, Hägendorf) ärgert Schneiders Formalismus, mit dem die Mitglieder des Regierungsrates zu Hampelmännern respektive Hampelfrauen degradiert würden. Laut Wanner gehe entgegen der Meinung Schneiders allgemeines Recht (WoV-Gesetz) dem Spezialgesetz (Wirtschaftsförderungsgesetz) vor. Nichts wissen will der Finanzdirektor auch vom Kompromiss-Vorschlag des Interpellanten, dem Volk künftig einen mehrjährigen Kredit für Landkäufe zur Unternehmensansiedlung vorzulegen. Laut Schneider würden damit die Volksrechte gewahrt und die Regierung wäre bei Bedarf schnell handlungsfähig. «Ich bekämpfe solche Spezialfinanzierungen», so Wanner.

Schneider blieb in seinem Fazit bei seiner Überzeugung. «Ich muss aber zur Kenntnis nehmen, dass ich damit ziemlich alleine bin.» Offiziell hat er damit Recht: Direkt darauf angesprochen und hinter vorgehaltener Hand betrachtet aber einige Kantonsräte Schneiders Argumente als berechtigt.

## In Kürze

### Vorstösse Steuern und Energie im Fokus

18 neue Vorstösse sind in der Session eingegangen. Mit je einem Auftrag mit gleichem Wortlaut fordern FDP und SVP eine Senkung der Steuern per 2012. Während die FDP jedoch «nur» eine Senkung von 104 auf 94 Prozentpunkte fordert, was der Forderung der Wirtschaftsverbände entspricht, will die SVP eine Senkung auf 89 Prozentpunkte. Neben der Steuerpolitik steht die Energiepolitik im Zentrum. Fabian Müller (SP, Balsthal) verlangt per Auftrag eine Verfassungsänderung, mit der sich die Regierung gegen AKW im Kanton und Nachbarkantonen zur Wehr setzen soll. Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen) will die Förderung erneuerbarer Energien in der Verfassung verankern. Roland Fürst (CVP, Gunzgen) hat ebenfalls einen Auftrag zur Förderung erneuerbarer Energien eingereicht. Roland Heim (CVP, Solothurn) will die Regierung beauftragen, aufzuzeigen, wie sie den Atom-Ausstieg im Kanton umsetzen will. (MZ)

### Datenschutz Wahl einer neuen Beauftragten

Judith Petermann Büttler ist die neue Beauftragte für Information und Datenschutz. Der Kantonsrat wählte sie mit 68 Stimmen. Der bisherige Amtsinhaber Daniel Schmid war im März einem Krebsleiden erlegen. (MZ)

### A-Post Plus Vorsicht Fristenfalle

Eingeschriebene Postsendungen müssen vom Empfänger bestätigt werden, nach sieben Tagen gilt sie als zugestellt. Anders bei A-Post Plus: Hier gilt die Sendung als zugestellt, wenn sie in den Briefkasten gelegt wird. Gut möglich, dass bei Behördenentscheiden allfällige Fristen verpasst werden. Mit einer Interpellation hat Manfred Kung (SVP, Kriegstetten) das Problem aufgegriffen. Die Fraktionen sind sich einig, dass der Kanton im Sinne der Bürgerfreundlichkeit zurückhaltend mit A-Post-Plus-Zustellungen umgehen oder am besten gleich ganz darauf verzichten. (MZ)

## Solothurn will Bundesgelder

**Regionalpolitik** Mit 74 gegen 7 Stimmen hat der Kantonsrat die Umsetzung der neuen Regionalpolitik (NRP) des Bundes 2012 bis 2015 genehmigt. Wirtschaftsprojekten in den ländlichen Regionen sollen mit Beiträgen à fonds perdu von 1,4 Mio. Franken sowie Darlehen über 1,5 Mio. Franken gefördert werden. Nochmals so viel Geld stellt der Bund zur Verfügung, sofern er das Umsetzungsprogramm des Kantons mit den Handlungsfeldern Wirtschaft, Bildung und Tourismus bewilligt. Dieses muss nun beim Staatssekretariat für Wirtschaft eingereicht werden. Projektträger können unter anderem Vereine, Verbände, Unternehmen und Gemeinden sein. Laut Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler kommen aber keine Sockelfinanzierungen von Organisationen infrage. Ein Drittel eines Projektes muss zudem über Drittmittel gedeckt werden. «Ich freue mich nun auf interessante Projekteingaben», so Gassler.

Zur Erinnerung: Im Gegensatz zu allen andern Kantonen ausser Zug hatte 2007 der Regierungsrat im Rahmen der 1. Runde 2008 bis 2011 auf die NRP verzichtet. Dies warf hohe Wellen, worauf der Kantonsrat den Regierungsrat für die zweite Runde in die Pflicht nahm. (MZ)